

Pressemitteilung

München, 19. April 2010
PK-Inklusion-PM.doc

Inklusion gehört ins Schulgesetz - jetzt!

München - Auch Bayern hat im Jahr 2009 der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung zugestimmt. Das Recht auf gleiche Bildungschancen, eine zentrale Forderung der Konvention, verpflichtet die Länder zu einem inklusiven Schulsystem. Dazu ist eine Änderung der Lehrerbildung und des Schulgesetzes nötig und nicht zuletzt eine Änderung im Denken. Inklusion erfordert ein neues Menschenbild: Der Fokus der Aufmerksamkeit geht weg vom Reparieren der Fehler und Defizite und wendet sich hin zur Förderung der individuellen Person.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* will ein inklusives Bildungssystem schaffen, in dem alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen. „Dies ist die anspruchsvollste Aufgabe der Schul- und Bildungspolitik für die kommenden Jahre“, sagte dessen Sprecher Klaus Wenzel. Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* ist ein Zusammenschluss von 42 Organisationen und Verbänden aus dem Bildungsbereich mit insgesamt rd. 1,5 Mio. Mitgliedern.

Ein inklusives Schulsystem ist eine materielle und zugleich eine ideelle Herausforderung. Die Vorstellung vom Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf, welches bei ausreichender Unterstützung und günstiger Prognose in die Gemeinschaft „normaler“ Kinder integriert werden kann, ist überholt. Inklusion bedeutet: Alle Kinder sind Teil derselben Gemeinschaft. Jedes Kind hat Stärken und Schwächen und braucht individuelle Förderung. Inklusion ist keineswegs so etwas wie die bessere Integration. Inklusion zwingt zu einem anderen Blick auf Kinder und Jugendliche. Ihre Heterogenität wird als Chance begriffen, nicht als Problem. Die Hoffnung des Kultusministeriums, „Inklusion durch Kooperation“ zu erreichen, wird sich als Illusion entpuppen und ist ein Etikettenschwindel.

Professor Dr. Hans Wocken, der ehemalige Inhaber des Lehrstuhls für Behinderten- und Integrationspädagogik an der Universität Hamburg, kommentiert die bayerische Bildungspolitik so:

● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e. V. (AKH) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Die Regionalbewegung - Landesgruppe Bayern ● Deutscher Familienverband - Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Kinderschutzbund - Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund - München e. V. ● Eine Schule für Alle - in Bayern e.V. ● Eltern-Forum-Coburg ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.) ● Fachverband für Kunstpädagogik, BDK e.V. ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e. V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVEE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft - Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Gymnasialeltern Bayern e. V. (GyB) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● InitiativGruppe - Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e. V. (jpi) ● JFF - Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayerischer Familienbildungsstätten e.V. ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e. V. ● LandesAStenKonferenz Bayern (LAK) ● LandesschülerInnenvereinigung Bayern - Zusammenschluss der bayerischen BezirksschülersprecherInnen e.V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e. V. (LBSP) ● Landesverband Legasthenie und Dyskalkulie e.V. Bayern (LVL) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e. V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e. V. ● Sudbury München e.V. ● Verband Berufstätiger Mütter e.V. (VBM) ● Verband Sonderpädagogik e. V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindeferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG) ● Zentrum für kindliche Mehrsprachigkeit e.V. (ZKM)

"Das bayerische Konzept der *'Integration durch Kooperation'* greift zu kurz. Es bedeutet

1. Auswahl 'geeigneter' Kinder statt Aufnahme aller Kinder,
2. Anpassung der Kinder statt Anpassung des Unterrichts und
3. häufig abgetrennter Unterricht statt gemeinsamer und individualisierter Unterricht.

Inklusion meint aber Vielfalt in der Gemeinsamkeit! Kooperation meint auch Vielfalt, aber Gemeinsamkeit nur dann, wenn die anderen, also die behinderten Kinder auch mitmachen können (*'aktive Teilnahme'*). Das ist Anpassung und Fremdbestimmung pur. Inklusion ist dagegen geschätzte und gewollte Heterogenität, bedeutet miteinander und voneinander lernen."

Klaus Wenzel erwartet im Interesse der Schüler, Eltern und Lehrer, dass es bald zu klärenden Festlegungen kommt: „Die Betroffenen wollen wissen, wie die Staatsregierung die UN-Konvention umsetzen will“. **Brigitta Berger-Thüre**, Stellvertretende Sprecherin des *Forum Bildungspolitik in Bayern*, betont, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben sei: „Die notwendigen personellen und materiellen Ressourcen müssen bereitgestellt werden, um das derzeitige Bildungssystem umzubauen. Sonst bleibt das Recht auf gleiche Bildungschancen für alle nur ein Lippenbekenntnis.“

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert die Bayerische Staatsregierung auf, das bisherige exklusive Schulsystem in ein inklusives umzuwandeln. Dazu sind folgende Schritte nötig:

- ein konkretes Umsetzungskonzept entwickeln, in dem der Zeitplan und die finanziellen Mittel festgeschrieben werden
- den Art. 41 BayEUG sofort ändern: Für Kinder mit Behinderungen die Strukturen und Rahmenbedingungen schaffen, dass sie am Unterricht in der Regelschule teilnehmen können.
- den Art. 2 BayEUG sofort ändern: Sonderpädagogische Förderung ist eine selbstverständliche Aufgabe aller Schulen, nicht nur, wie bisher, „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“.
- die Eltern über die Wahl der Schule entscheiden lassen
- alle Lehrkräfte für ein inklusives Bildungssystem aus- und fortbilden
- Schulen unterstützen, die schon jetzt inklusiv unterrichten wollen
- das bestehende Hilfssystem (Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Schulberatung) ausbauen
- sonderpädagogische Förderung an jeder Schule fest installieren
- Förderzentren zu Kompetenz- und Unterstützungszentren ausbauen
- alle Schülerinnen und Schüler individuell fördern, weil alle besondere Fähigkeiten und Bedürfnisse haben
- alle Schulen zügig zu Ganztagschulen ausbauen
- alle schulischen und außerschulischen Partner vernetzen

Die Rahmenbedingungen müssen an allen Schulen deutlich besser werden. Dass die Voraussetzungen für inklusiven Unterricht an den meisten Schulen derzeit unzureichend sind oder sogar ganz fehlen, darf kein Grund sein, die Umwandlung des Bildungssystems hinauszuzögern. Inklusive Bildung ist eine Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht und kein Gnadenakt. ♦